

Rede in Düsseldorf bei der Mahnwache zum Red Hand Day 2024

Joachim Schramm

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Mitbürger:innen !

Mein Name ist Joachim Schramm und ich spreche hier für die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG-VK) NRW. Gemeinsam mit pax christi Essen und dem Bund für Soziale Verteidigung veranstalten wir heute diese Mahnwache gegenüber dem Landesparteibüro von Bündnis 90 / Die Grünen. Schön, dass ihr alle heute gekommen seid, um hier mit uns zu protestieren. Am vergangenen Montag vor 22 Jahren, am 12. Februar 2002 trat das Zusatzprotokoll zur UN-Kinderrechtskonvention in Kraft, dass den Einsatz von Kindern im Krieg verbietet. Aus diesem Anlass findet jedes Jahr weltweit der sogenannte Red Hand Day statt, der Protesttag gegen Kindersoldaten mit dem Symbol der Roten Hand, mit dem Kinder, Jugendliche und Erwachsene deutlich machen: Halt, Stopp, den Einsatz von Kindern und Jugendlichen im Krieg beenden. Auch wir schließen uns heute dieser Forderung an. 250.000 Kinder werden immer noch weltweit zur Teilnahme am Krieg gezwungen, im Sudan, in Jemen, in Kolumbien, in zahlreichen Ländern insgesamt. Häufig werden die Minderjährigen entführt und zum militärischen Dienst gezwungen oder mit falschen Versprechungen gelockt. Die langfristigen Folgen für die psychische und körperliche Gesundheit der Kinder sind katastrophal: Sie werden zu absolutem Gehorsam gezwungen, verlieren an Selbstbewusstsein, stumpfen gegenüber Grausamkeiten ab und werden am Ende meist traumatisiert zurückgelassen. Deshalb müssen wir den Protest dagegen aufrechterhalten und die Unterstützung für das Zusatzprotokolls zur UN-Kinderrechtskonvention stärken.

Die ursprüngliche Forderung der Kinderschutzorganisationen, eine klare Grenze bei 18 Jahren schon bei der Einberufung, ein „Straight 18“ zu ziehen, stieß auf den Widerstand diverser Staaten. Daher verbietet das Zusatzprotokoll zwar den Einsatz von Minderjährigen im Krieg, bei der Einberufung gibt sie jedoch nur eine Empfehlung ab. Doch dieser Empfehlung haben sich immerhin 150 Staaten angeschlossen und rekrutieren keine unter 18-jährigen. Ausgerechnet Deutschland gehört hier zur Gruppe der unrühmlichen Ausnahmen. Regelmäßig stellt die Bundeswehr unter 18-jährige als Freiwillige ein, 2023 waren es 1.996, und seit der Aussetzung der Wehrpflicht 2011 hat die Bundeswehr zusammen fast 20.000 Minderjährige rekrutiert. Der UN Ausschuss für die Rechte der Kinder hat Deutschland 2022 zum wiederholten Male aufgefordert, das Mindestalter der Rekrutierung auf 18 Jahre festzulegen. Und genau das fordern auch wir hier heute aus Anlass des diesjährigen Red Hand Day. Keine Rekrutierung unter 18!

In diesen Wochen hängt wieder an Haltstellen und auf Plakatwänden die Werbung der Bundeswehr. Gerade kommt ein neues Konzept zum Einsatz. Während vor einigen Jahren der Dienst bei der Bundeswehr als Abenteuer verkauft wurde, wurde dann nach dem Beginn des Ukrainekrieges auf den Werbeplakaten der Schutz unserer Lebensweise und der Familie angesprochen, der durch Soldaten angeblich erreicht werden könne. Und nun lesen sich die Werbeplakate wie individuelle Selbstverwirklichungsversprechen. Da ist davon die Rede, dass man „seinen Antrieb leben“ solle oder „seine Führungsqualitäten stärken“ könne. Auch diese Versprechungen sollen natürlich nur junge Menschen anlocken und haben mit der Realität des Soldatentums wenig zu tun.

Was das Soldatentum ausmacht, kann man im Ukrainekrieg sehen, wo Tag für Tag hunderte Soldaten auf beiden Seiten einen elenden Tod streben. Man ahnt es in den verwackelten Drohnenbildern, wenn wieder ein Panzer in die Luft gejagt wird und in diesem Moment drei, vier Menschen der Besatzung in Stücke zerrissen werden. In den Medien sind in letzter Zeit öfter als noch vor Monaten realistische Berichte zu lesen, so z.B. über einen ukrainischen Offizier, der schwer traumatisiert ist, weil er für den Fronteinsatz seiner Einheit verantwortlich war und erleben musste, wie eine hoher Prozentsatz seiner Leute nicht wieder zurückkam. Oder der 49jährige, der sich in seinem Alter noch freiwillig meldete und schon nach 2 Tagen Einsatz getötet wurde. Oder Berichte aus Lazaretten, wo die Verstümmelten eingeliefert werden und man versucht, sie am Leben zu halten. All das findet man nicht auf den Werbeplakaten der Bundeswehr. Denn wenn so etwas auf den Werbeplakaten stehen würde, dann wäre wohl allen bewusst, dass das nichts ist, wofür man Minderjährige werben kann, dass solche Plakate nichts im Umfeld von Schulen zu suchen haben und das die sog. Karriereberater

der Armee nicht an Schulen und auf Berufsfindungsmessen gehören. Doch lieber tarnt sich die Armee und gaukelt eine Scheinwelt vor und viele Lehrer und Schulpolitiker lassen sich davon einlullen. Das ist beschämend!

So beklagte Bundesfamilienministerin Lisa Paus (Bündnis 90/Die Grünen) am diesjährigen Red Hand Day, dass in vielen Ländern die Armee Kinder rekrutiere. Doch die Situation im eigenen Land blendete sie aus. Und ungeachtet der Tatsache, dass die Ampel- in ihrem Koalitionsvertrag festgehalten hat, dass Ausbildung und Dienst an der Waffe nur über 18-jährige leisten sollen, geht die Rekrutierung Minderjähriger weiter, erreicht sogar neue Höchstmarken. Wir sagen daher deutlich in Richtung Ampel-Parteien: Machen Sie Schluss damit: Keine Minderjährigen zur Bundeswehr, egal ob mit oder ohne Waffe! Dafür stehen wir heute hier vor der Landeszentrale der Grünen, einer dieser Ampel-Parteien.

Schulpolitik ist Ländersache und auch Schulministerin Feller könne hier aktiv werden. Sie und auch die Grünen als Regierungspartei hier in NRW könnten dem Militärminister Pistorius zu verstehen geben, dass Bundeswehrwerbung, die die Realität des Krieges verschweigt und sich gezielt an Jugendliche wendet, in und an Schulen nicht erwünscht ist. Und Frau Feller hat es darüber hinaus in der Hand, die Bundeswehr zumindest hier in NRW in die Schranken zu weisen.

Warum gibt das Schulministerium keine Empfehlung an die Schulen, bei Jobbörsen keine Bundeswehr einzuladen. Warum empfiehlt sie den Schulen nicht, keine Berufsbildungsmessen mehr zu besuchen, an denen die Bundeswehr teilnimmt. Doch das passt offenbar nicht in die Zeitenwende und ins Konzept der Kriegstüchtigkeit. Denn damit einher geht der Willen der Kriegsbefürworter, das Soldatentum zu verharmlosen und seine Akzeptanz in der Bevölkerung zu steigern, auch bei den jungen Menschen an den Schulen. In Bayern wurde jetzt der Entwurf eines „Gesetzes zur Förderung der Bundeswehr in Bayern“ auf den Weg gebracht. Darin ist auch die Verbesserung der Zugangsmöglichkeiten der Bundeswehr zu Schulen enthalten. Die GEW Bayern befürchtet, dass das auf ein Kooperationsgebot der Schulen mit der Bundeswehr hinauslaufe, dass die bisherige Freiwilligkeit ablösen soll und protestieren energisch. Diesen Protest unterstützen wir nachdrücklich und sagen: Kein Zwang zur Kooperation mit der Bundeswehr!

Die Grünen NRW könnten hier einen anderen Weg gehen und deutlich machen, dass sie als Regierungspartei in NRW keine Werbung für und keine Rekrutierung von Minderjährigen wünscht. Das würde es den Lehrerinnen und Lehrern und den Schülervvertretungen leichter machen, die an ihren Schulen dieser Werbung der Bundeswehr kritisch gegenüber stehen und sich dagegen wenden. Doch stattdessen halten sie und die ganze Landesregierung an der Kooperationsvereinbarung fest, die vor fast 15 Jahren mit der Bundeswehr abgeschlossen wurde. Wir rufen heute am Red Hand Day dazu auf, diese unsägliche Kooperationsvereinbarung zu kündigen! Mit diesen Menschenfang-Aktionen an und im Umfeld von Schulen muss Schluss sein!

Trotz aller Werbemaßnahmen schafft es die Bundeswehr nicht, ausreichend Nachwuchs rekrutieren. Und die geplante Steigerung der Truppenstärke ist erst recht nicht in Sicht. Daher wird nun schon seit Monaten für die Idee der Dienstpflicht getrommelt. Erst gestern forderte Militärminister Pistorius wieder eine allgemeine Dienstpflicht oder die Reaktivierung der Wehrpflicht. Dazu sagen wir deutlich nein! Die Wehrpflicht ist ein Zwangsdienst, der den beruflichen Werdegang junger Menschen unnötig verzögert und der in der Vergangenheit viel Leid über junge Männer gebracht hat. Und auch die Idee, Personalprobleme im sozialen und im Gesundheitsbereich durch dienstverpflichtete, ungelernte junge Menschen beheben zu können, diskreditiert die fachliche Kompetenz der dort arbeitenden Fachkräfte und wirft ein bezeichnendes Licht darauf, welchen Stellenwert unsere Politiker diesen wichtigen Care-Bereichen zumessen. Wir sagen Nein zur Reaktivierung der Wehrpflicht, wir sagen nein zur Allgemeinen Dienstpflicht.

Wir wollen kein kriegstüchtiges sondern ein friedensfähiges Deutschland. Wir wollen keine Verharmlosung des Soldatentums, keine Minderjährigen in der Armee. Daher sagen wir: Bundeswehr raus aus den Schulen! Unter 18 nie!